

Die Erklärungen
des 25. Kongresses
der Bewegung der Weltföderalisten

GENÈ, 27.-31. AUGUST 2007

Zusammenfassung

Die Erklärungen des

25. Kongresses der Bewegung der Weltföderalisten

Die Teilnehmer am Kongress unserer Bewegung der Weltföderalisten von 2007 konnten in 4 Kommissionen mitarbeiten. Diese Kommissionen redigierten Erklärungen, mit welchen die Bewegung zu bestimmten Aktionen aufgefordert wurde. Wir fassen die Erklärungen wie folgt zusammen.

Kommission 1 Internationale Gerichtsbarkeit, Herrschaft des Rechts, Menschenrechte:

Prioritär ist die Arbeit mit der Koalition für den Internationalen Strafgerichtshof. Dieses Gericht soll Behauptungen über weitverbreitete Verbrechen in der Zentralafrikanischen Republik nachprüfen. Die Bekämpfung der Korruption und den Menschenrechtsrat der UNO unterstützen.

Leute, die sich für die Menschenrechte einsetzen, sind zu schützen.

Kommission 2 Frieden, Sicherheit und Konfliktprävention:

Die Satelliten sollen für Frühwarnung eingesetzt werden. Ein UN-Friedensdienst für dringliche Einsätze ist zu fördern. Es sollen Normen über die bei Interventionen für den Frieden anzuwendenden Prinzipien und Praktiken ausgearbeitet werden. Die Menschenrechte sollen den Kern der Schutzpflichten der internationalen Gemeinschaft bilden.

Die Benützung des Weltraumes für militärische Zwecke soll von der UNO verboten werden. Nachdem das japanische Parlament beschlossen hat, die Verwirklichung eines Weltbundesstaates zu prüfen, sind ähnliche Initiativen in anderen Parlamenten durchzuführen.

Die Verhandlungen zum Stoppen der Atomwaffenrüstung und über eine generelle Abrüstung unter internationaler Kontrolle sollen gefördert werden. Die Bewegung soll für die Wiederaufnahme in der UNO eines Dialogs über Abrüstung werben. Der Einsatz von nuklearen Waffen soll als ein der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofes unterstehendes Verbrechen gelten.

Die Verbreitung und der Einsatz von kleinen und leichten Waffen soll bekämpft werden (bis 2010 Kontrolle, Registrierung dieser Waffen und der Mäkler, Einschränkung des Besitzes durch Zivilisten und der übermässigen Produktion, Waffenhandelsabkommen).

Intensivierung des Dialogs, der Solidarität und des Verständnisses der Fragen in Zusammenhang mit dem Frieden und der Regierbarkeit. Zu diesem Zweck mit allen religiösen Institutionen und Gruppen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

In allen Regierungen sollen Friedensdepartemente gegründet werden.

Kommission 3 Reform der UNO, globale Regierbarkeit - Föderalismus global/regional

Die wichtigsten Punkte der von der Kommission 3 angenommenen Erklärungen sind die folgenden: Die Bewegung der Weltföderalisten soll die Reform des Systems der Vereinten Nationen und die Demokratisierung auf globaler Ebene weiterverfolgen.

Der UNO-Sicherheitsrat soll auf der Basis von regionalen Staaten-Gruppierungen reorganisiert werden. Der Sicherheitsrat soll einer verstärkten Kontrolle durch die Zivilgesellschaft unterstellt, offener, transparenter, verantwortlicher und wirksamer werden. Die UNO soll über eigene Finanzquellen verfügen. Die UNO soll eine Parlamentarische Versammlung erhalten. Alle Regierungen werden aufgefordert, die Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes und des Internationalen Strafgerichtshofes anzuerkennen.

Kommission 4 Globale Führung bezüglich Umwelt und Wirtschaft

Die Kommission nahm von Herrn Iozzo, dem Hochwürdigen Miyake, Herrn Palea und Herrn Luff vorgeschlagene Erklärungen an. An einem Gipfeltreffen soll eine neue weltweite Währungsordnung geschaffen werden, zum Ersatz der überalterten Bretton Woods Ordnung von 1944.

Die Bewegung der Weltföderalisten soll die Vorbeugung der weltweiten Erwärmung zu einer Priorität ihres Programms erklären. Eine Universelle Umweltagentur mit supranationaler Autorität, konkreten Machtbefugnissen und eigenen Finanzquellen soll gegründet werden.

Die Staaten, die bereit sind, die Emissionen von Gasen mit Treibhauseffekt zu reduzieren, sollen eine Weltklimagemeinschaft gründen, die über föderale Institutionen verfügen würde. Später könnten weitere Staaten beitreten, sodass schliesslich alle Länder umfasst wären.

BEWEGUNG DER WELTFÖDERALISTEN

RESOLUTIONEN DES XXV. KONGRESSES, GENÈVE, 27.-31. AUGUST 2007

Kommission 1: **Internationale Gerichtsbarkeit, Herrschaft des Rechts und Menschenrechte**

Resolutionen

Internationale Gerichtsbarkeit

Resolution 1:

Dieser 25. Kongress,

Die an früheren Kongressen der Bewegung der Weltföderalisten (World federalist movement, WFM), nämlich in San Francisco 1995, Chennai 1998 und insbesondere London 2002, gefassten Resolutionen betreffend den Internationalen Strafgerichtshof bejahend, und

Eingedenk der Tatsache, dass noch Vieles zu tun ist, damit der Internationale Strafgerichtshof völlig operationell und von der gesamten internationalen Gemeinschaft anerkannt wird, und

Darauf hinweisend, dass die Bewegung der Weltföderalisten als Sekretariat der Koalition für den Internationalen Strafgerichtshof tätig ist und unter den Nichtregierungsorganisationen eine führende Stellung auf diesem Gebiet innehat, und

Die führende Stellung bekräftigend, welche die Bewegung der Weltföderalisten - dank der Unterstützung die sie der universellen Kampagne zur Ratifizierung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes gewährt, unter anderem durch die Veröffentlichung monatlicher Berichte über die Lage in verschiedenen Gebieten der Welt - in den Bemühungen innehat, die weltweit darauf abzielen, auf nationaler Ebene die Ratifizierung des Statutes zu sichern, und

Das Konzept und die Ausübung der universellen Gerichtsbarkeit bejahend, die die nationalen Gerichtshöfe ermächtigen soll, über Genozid, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen und die Schuldigen zu verfolgen und vor Gericht zu bringen, ohne Rücksicht auf den Tatort oder die Staatsangehörigkeit der Angeklagten oder der Opfer,

Fordert die Bewegung der Weltföderalisten auf:

Ihre Arbeit mit der Koalition für den Internationalen Strafgerichtshof als eine prioritäre Aufgabe weiterzuführen,

In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof die Mitgliedstaaten aufzufordern, wirksame Instrumente zu entwickeln um Verhaftungen durchzuführen, Beweise sicherzustellen und Angeschuldigte dem Internationalen Strafgerichtshof zu überweisen,

Einen Beitrag zu leisten an die ergänzende Strategie von ad hoc-Gerichte, insbesondere, aber nicht ausschliesslich, in Bezug auf: zurückbleibende Beschwerden, Archivierung der Dokumentation, ergänzende Strafprozesse und Haft der Verurteilten,

Die Ausarbeitung starker Gesetzgebungen zur Anwendung des Statuts zu unterstützen, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Internationale Strafgerichtshof die erste permanente internationale Rechtsinstitution ist, welche Einzelne statt Staaten beurteilen kann,

Auf internationaler Ebene das Verständnis für den Internationalen Strafgerichtshof und die Unterstützung des Publikums zu wecken, insbesondere unter den führenden Regierungsmitgliedern und in der Zivilgesellschaft.

Resolution 2:

Dieser 25. Kongress,

Feststellend, dass das internationale Recht sich weiterentwickelt um auf internationaler Ebene erfolgenden Ereignissen zu begegnen, und

Davon Kenntnis nehmend, dass der Internationale Strafgerichtshof sexuelle Verbrechen wie Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, erzwungene Prostitution, erzwungene Schwangerschaft, erzwungene Sterilisierung, Handel mit Frauen und Kindern und sexuelle Gewalt, als Beweis einer auf dem Geschlecht basierender Verfolgung kodifiziert hat, und

Bedenkend, dass die Anschuldigungen über Vergewaltigung, sexuelle Gewalt und Verbrechen die Berichte über die in der Zentralafrikanischen Republik begangenen Morde weit überschreiten,

Fordert die Bewegung der Weltföderalisten auf:

Die Behauptungen über schreckliche und weitverbreitete sexuelle Verbrechen die zurzeit in der Zentralafrikanischen Republik und in anderen Ländern verübt werden nachzuprüfen, da diese Verbrechen die Ausarbeitung neuer Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs verlangen, wie Regeln über die Nachweisbarkeit, um die Opfer zu schützen und die Teilnahme der Opfer zu sichern.

Herrschaft des Rechts

Resolution 3:

Dieser 25. Kongress,

Da die Bewegung der Weltföderalisten auf globaler Ebene, Transparenz, gute Regierung und Kampfmassnahmen gegen die Korruption befürwortet,

Fordert die Bewegung der Weltföderalisten auf:

Die Bestrebungen auf diesem Gebiet weiterhin zu unterstützen, inbegriffen aber nicht ausschliesslich den Vertrag gegen die Korruption.

Resolution 4:

Dieser 25. Kongress,

Sich für ein erneutes Engagement der Regierungen einsetzend, die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs anzuerkennen und den Einfluss dieses Gerichtshofes zu stärken, und

Den Grundsatz der Herrschaft des Rechts behauptend, betonend, dass er sowohl auf mächtige wie auf verwundbare Länder anzuwenden ist, und

Den Entscheid des Internationalen Gerichtshofs anerkennend, wonach Serbien kein Genozid beabsichtigt oder begangen hat, aber nichts unternahm, um einem Genozid **vorzubeugen**, und

Erklärend, dass verstanden wird, dass gemäss der Genozidkonvention, das angeschuldigte Land die Personen, welche Verbrechen begangen haben, dem Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien (ICTY) auszuliefern hat, und

Auf die präjudizielle Natur dieser Situation für das zukünftige internationale Recht aufmerksam machend,

Fordert die Bewegung der Weltföderalisten auf:

Die Entwicklung der Lage zu prüfen und den Entscheid des Internationalen Gerichtshofes vom Februar 10/07 über Serbien und Genozid zu analysieren, um festzustellen, inwieweit dieser Entscheid einen Präzedenzfall für das internationale Recht darstellt.

Menschenrechte

Resolution 5:

Dieser 25. Kongress,

Den Entscheid der UNO, die Menschenrechte formell als eine der drei Säulen der UNO zu anerkennen in Betracht ziehend und diesem Entscheid Beifall spendend,

Fordert die Bewegung der Weltföderalisten auf:

Die Gründung des Rates für Menschenrechte als einen wichtigen Schritt im System der Menschenrechte anzuerkennen, und

Den Rat für Menschenrechte zu unterstützen, insbesondere in der nächsten kritischen Periode in welcher er Verfahren und Operationsnormen ausarbeiten wird, und

Den Hochkommissar für Menschenrechte zu unterstützen und die Erhöhung des seinem Amt zugeteilten Budgets zu begrüßen, und

Die Unterstützung der Konvention über wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und deren Gleichstellung mit der UNO-Konvention über zivile und politische Rechte und ihren Optionsprotokolle bekanntzumachen, und die Landesregierungen aufzufordern, nationale Gesetze anzunehmen, um diese Normen des internationalen Rechts zu unterstützen, und

Die Weiterentwicklung der UNO-Erklärung betreffend Völker von Ureinwohnern zu unterstützen, und

Mit Partneragenturen zusammenzuarbeiten um Verteidiger der Menschenrechte zu verteidigen und zu schützen.

Kommission 2:
Frieden, Sicherheit und Konfliktprävention

Erläuterung:

Garantieren, dass die UNO rasch und wirksam vom Menschen oder von der Natur hervorgerufene Krisen begegnen kann.

Objekt der Resolution: Titel: Wirksame Aufrechterhaltung des Friedens.

Autor der Resolution: XXV. Kongress der Bewegung der Weltföderalisten

Hinweis auf frühere Resolutionen der Bewegung der Weltföderalisten zum Thema:

Es wird die Notwendigkeit erkannt,

- eines Frühwarnsystems, mit einer internationalen Alarmsatelliten-Agentur zur Bestimmung potentieller Krisen (international satellite monitoring agency),
- einer ständigen UN-Friedenstruppe bestehend aus international rekrutierten Freiwilligen unter UNO-Kommando, so wie sie in den Resolutionen der Kongresse von 1995 in San Francisco betreffend Probleme der Friedenserhaltung, von 1998 in Chennai-Madras betreffend den frühen Einsatz einer friedenserhaltenden Truppe und von 2002 in London betreffend die UNO als globalem Polizisten sowie von der internationalen Kommission über Intervention und Staatssouveränität gefordert wurden.

Hinweis auf die in diesem Bereich eingetretene Entwicklung:

Es wird Kenntnis genommen von den Ergebnissen des Berichtes der internationalen Kommission betreffend Interventionen und Staatssouveränität und vom Prinzip der Prävention und Intervention aus humanitären Gründen durch die internationale Gemeinschaft bei Gefährdung des Friedens, wenn ein Staat nicht gewillt oder fähig ist, diese Probleme selber zu lösen,

Es wird Rechnung getragen der Annahme der Vorschläge der Mitgliedstaaten betreffend der Verantwortung Schutz zu gewähren, in der Zusammenfassung von September 2005 betreffend UNO-Reform.

Es wird auch notiert, dass kein wirksames Frühwarnsystem besteht, das der UNO ermöglicht, festzustellen, ob eine Gefährdung des Friedens stattfindet.

Es wird die vom Generalsekretär erfolgte Klärung berücksichtigt, wonach nicht nur die Anwendung von Gewalt zur Sprache steht, sondern auch das normative und moralische Unternehmen, wonach der Staat seine eigene Zivilbevölkerung schützen muss und dass, sollte er es unterlassen, diesen Schutz zu gewährleisten, die internationale Gemeinschaft eine Reihe von friedlichen diplomatischen und humanitären Massnahmen treffen muss, wobei die Gewaltanwendung nur als letztes Mittel angesehen wird.

Es wird erkannt, dass Interventionen zur Vorbeugung einer Krise wirksamer sind und menschlich und finanziell weniger teuer zu stehen kommen als Aktionen, die erst nach Ausbruch einer Krise getroffen werden.

Aktion

Der 25. Kongress fordert die Bewegung der Weltföderalisten auf:

- Massnahmen zu unterstützen und auszubauen, welche sich aus der Schutzpflicht der internationalen Gemeinschaft ergeben,
- Zu untersuchen, wie die moderne Satelliten-Technologie zur Frühwarnung eingesetzt werden kann;
- Zu untersuchen, ob die Regionalisierung der UNO genügend fortgeschritten ist, damit die Organisation Lehren aus den Bedrohungen des Friedens in den verschiedenen Weltregionen ziehen kann;
- Mechanismen in Betracht zu ziehen, die es der Zivilgesellschaft ermöglichen, sich formell zur Unterstützung der UN bei der Frühwarnung zu engagieren und die Globale Partnerschaft bei der Prävention von bewaffneten Konflikten zu unterstützen (global partnership for the prevention of armed conflict – GPPAC);
- Herauszufinden, wie es ihr (der Bewegung) möglich sein kann, die Grundsätze, welche in ihrer bisherigen Politik zugunsten eines UN-Friedensdienstes für dringliche Einsätze (UN emergency peace service – UNEPS) enthalten sind, zu fördern, und wo diese Prinzipien in nationalen Parlamenten und in internationalen Forums diskutiert werden können;
- die Ausarbeitung von internationalen Normen über universelle Prinzipien und Praktiken, die bei Interventionen angewandt werden müssen, zu fördern;
- Zu beschliessen, sich prinzipiell dafür einzusetzen, dass die Menschenrechte den Kern der Schutzpflichten der internationalen Gemeinschaft bilden, um Missbräuche und landesinterne und grenzüberschreitende Vertreibungen zu verhindern.

Erläuterung:

Die Benützung des Weltraumes für militärische Zwecke verhindern

Objekt der Resolution: Titel: Einschränkungen in der Benützung des Weltraumes

Autor der Resolution: XXV. Kongress der Bewegung der Weltföderalisten

Hinweis auf frühere Resolutionen der Bewegung der Weltföderalisten zum Thema: ---

Hinweis auf die in diesem Bereich eingetretene Entwicklung:

Es wird festgestellt, dass ohne eine angemessene internationale Reglementierung die Gefahr besteht, dass der Weltraum für militärische Zwecke verwendet wird, was katastrophale Folgen für den Weltfrieden hätte.

Aktion:

Die Bewegung der Weltföderalisten wird eingeladen, die UNO und ihre Mitgliedstaaten aufzufordern, ein wirksames internationales Abkommen über die Einschränkung der Benützung des Weltraumes für militärische Zwecke auszuarbeiten.

Erläuterung:

Stärkung der Unterstützung der Prinzipien der Weltföderation auf politischer Ebene und weltweiter Aufbau der politischen Bewegung

Objekt der Resolution: Übernahme parlamentarischer Resolutionen welche die Prinzipien und Ideen einer Weltföderation der Regierungen befürworten. (Bemerkung: Der Ausdruck „Weltföderation der Regierungen“ – world federation of governments – ist neu und völlig verwirrend; man soll darauf achten, dass er nicht mehr gebraucht wird.)

Autor der Resolution: XXV. Kongress der Bewegung der Weltföderalisten

Hinweis auf frühere Resolutionen der Bewegung der Weltföderalisten zum Thema: ---

Hinweis auf die in diesem Bereich eingetretene Entwicklung:

Es wird hingewiesen auf den Beschluss des japanischen Parlaments vom 2. August 2005, der Dank der entschlossenen Führung unserer Kollegen der Japanischen Weltföderalistenbewegung angenommen wurde und der verlangte, dass „ausserordentliche Anstrengungen erbracht werden um die Wege zu erkunden, die zur Verwirklichung einer Weltföderation führen, um eine fruchtbare Zukunft zu sichern, die uns erlaubt, eine befriedete Gesellschaft aufrechtzuerhalten, in welcher die Menschen in Frieden und Harmonie leben“.

Aktion:

Die Bewegung der Weltföderalisten wird aufgefordert, unsere Mitglieder zu ermutigen, die japanische Initiative weiterzuverfolgen, indem sie sich dafür einsetzen, dass solche Resolutionen in den Parlamenten ihrer Länder angenommen werden, um Unterstützung auf der politischen Ebene zu erreichen, damit das Ziel der Bewegung weiterverfolgt wird.

Erläuterung:

Weiterführung der auf die Abschaffung der Massenvernichtungswaffen zielende Politik

Objekt der Resolution: Titel: Abrüstung der Massenvernichtungswaffen

Autor der Resolution: XXV. Kongress der Bewegung der Weltföderalisten

Hinweis auf frühere Resolutionen der Bewegung der Weltföderalisten zum Thema:

Die in San Francisco 1995 und Chennai 1998 angenommenen Resolutionen betreffend nukleare Abrüstung und in Chennai 1998 angenommene Resolution betreffend Massenvernichtungswaffen übernehmend und Einen umfassenden Plan für eine totale Abrüstung, wie er in der 1998 in Chennai angenommene Resolution betreffend eine universelle und komplette Abrüstung, wonach Streitkräfte nur zugunsten der internationalen Gemeinschaft behalten würden, dargelegt wurde, weiterhin befürwortend

Hinweis auf in diesem Gebiet eingetretene Ereignisse:

Es wird Kenntnis genommen von den zusätzlichen Gefahren für den Weltfrieden die sich ergäben, falls Massenvernichtungswaffen in den Händen von nicht-staatlichen Gruppen geraten würden und von der Notwendigkeit verstärkte Wege zu finden, um eine solche Entwicklung zu verhindern.

Darauf hinweisend, dass wirksame internationale Mechanismen zur Entschädigung der Opfer von Massenvernichtungswaffen immer noch fehlen.

Anerkennend, dass es für Staaten legitim ist, die Nuklearenergie friedlich auszunutzen, solange dies strengen internationalen Inspektionen unterliegt und die Einschränkung der Produktion von Material, das für nukleare Waffen benutzt werden kann, gegeben ist.

Es wird festgestellt, dass in Abrüstungsfragen wenig Fortschritte erzielt wurden.

Aktion:

Die Bewegung der Weltföderalisten wird aufgefordert:

Sich weiterhin zugunsten der detaillierten Ziele und Ideale einzusetzen und insbesondere zur vollen Durchführung von Artikel 6 des Abkommens über Nicht-Weiterverbreitung der nuklearen Waffen aufzurufen (Weiterführung der Verhandlungen zum Stoppen der Atomwaffenrüstung und zur Schaffung eines Abkommens über einer generellen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle).

Verbesserung der Zuverlässigkeit und Verifizierungssystems des Abkommens über biologische Waffen.

Inkraftsetzung des Abkommens über die chemischen Waffen.

Einsatz zugunsten der Wiederaufnahme eines internationalen Dialogs über Abrüstung durch die UNO.

Erläuterung:

Erreichen, dass der Einsatz von nuklearen Waffen für alle Staaten in gleicher Weise als ein der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofes unterstehendes Verbrechen gelte.

Objekt der Resolution: Titel: Einsatz von nuklearen Waffen als internationales Verbrechen

Autor der Resolution: XXV. Kongress der Bewegung der Weltföderalisten

Hinweis auf frühere Resolutionen der Bewegung der Weltföderalisten zum Thema: ---

Hinweis auf in diesem Gebiet eingetretene Ereignisse:

Es wird Kenntnis genommen vom „Advisory opinion“ des Internationalen Strafgerichtshofes, wonach der Einsatz von nuklearen Waffen grundsätzlich rechtswidrig sei.

Es wird daran erinnert, dass es notwendig ist, dem Einsatz von nuklearen Waffen in zukünftigen Konflikten vorzubeugen.

Es wird in Betracht gezogen, dass der Einsatz von nuklearen Waffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, der von der internationalen Gemeinschaft geordnet werden muss.

Aktion:

Die Bewegung der Weltföderalisten wird aufgefordert:

sich grundsätzlich dafür einzusetzen, dass die nuklearen Waffen und andere Massenvernichtungswaffen, in die Liste der durch das Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes verbotenen Waffen aufgenommen werden.

Die Bewegung kann in dieser Frage nicht die „opt-in/opt-out“ Klausel des Römer Statuts dulden.

Die Bewegung drängt darauf, dass die Klausel betreffend Verbot von nuklearen Waffen und anderer Massenvernichtungswaffen für alle Staaten und Individuen verbindlich wird.

Erläuterung:

Annahme weiterer Massnahmen betreffend kleine Waffen

Objekt der Resolution: Titel: Kampf der Verbreitung und dem Einsatz von kleinen und leichten Waffen

Autor der Resolution: XXV. Kongress der Bewegung der Weltföderalisten

Hinweis auf frühere Resolutionen der Bewegung der Weltföderalisten zum Thema:

Es wird hingewiesen auf die Resolutionen von San Francisco 1995 betreffend das Register konventioneller Waffen der Vereinten Nationen und von London 2002 betreffend die Kampagne gegen kleine Waffen.

Hinweis auf in diesem Gebiet eingetretene Ereignisse:

Es wird festgestellt, dass die Verbreitung von kleinen und leichten Waffen auf allen Ebenen die Regierbarkeit und die Demokratie unterhöhlt,

Es wird daran erinnert, dass jede Minute eine Person auf der Welt durch den Gebrauch kleiner Waffen getötet wird und dass Zweidrittel der kleinen Waffen sich in der Hand von Zivilisten befinden,
Es wird in Betracht gezogen, dass mehr als 600 Millionen solcher Waffen sich in Umlauf befinden und dass weder die UNO noch die Welthandelsorganisation über irgendeinen Mechanismus verfügen um die Produktion und den Handel mit solchen Waffen zu kontrollieren,
Es wird hingewiesen auf das UN-Aktionsprogramm (POA) 2001.

Aktion:

Die Bewegung der Weltföderalisten soll die UN anhalten, bis 2010 ein rechtlich bindendes Instrument zur Kontrolle der Verbreitung dieser Waffen ausarbeiten durch
Schaffung eines Registers der kleinen Waffen,
Markierung, Tracierung und „record keeping“,
Registrierung der Makler,
Einschränkung des Besitzes von kleinen und leichten Waffen durch Zivilisten,
Verbot des Exportes und der Übergabe von kleinen und leichten Waffen an nichtstaatliche Gruppen,
Annahme des Waffenhandelsabkommens,
Verbot des Exportes von kleinen und leichten Waffen nach Konfliktzonen,
Einschränkung der übermässigen Produktion und Verkaufs

Erläuterung:

Intensivierung des Dialogs, der Solidarität und des Verständnisses von Fragen im Zusammenhang mit dem globalen Frieden und der Regierbarkeit, einschliesslich der Konfliktwurzeln

Objekt der Resolution: Titel: Ein besseres Verständnis der für eine friedliche Welt notwendigen Aktion

Autor der Resolution: XXV. Kongress der Bewegung der Weltföderalisten

Hinweis auf frühere Resolutionen der Bewegung der Weltföderalisten zum Thema:

Es wird hingewiesen auf den Aufruf der Bewegung der Weltföderalisten für Frieden und Verständigung zwischen den Religionen in ihrer Resolution betreffend Weltföderalismus, Religion und Werte, von San Francisco vom Jahr 1995 und in ihrer Resolution über Frieden und Religion, von Chennai vom Jahr 1998

Hinweis auf in diesem Gebiet eingetretene Ereignisse:

Es wird die Notwendigkeit notiert, den Völkern der Welt verständlich zu machen, inwiefern Probleme den allgemeinen Frieden gefährden und welche Massnahmen nötig sind, um sie zu überwinden, derart, dass die Zivilgesellschaft dazu beitragen kann, die Diskussion in Kenntnis der Tatsachen zu beeinflussen,
Es wird daran erinnert, dass ohne Dialog zwischen verschiedenen Mitwirkenden, nicht-staatliche inbegriffen, keine gemeinsame Erkenntnis der Konfliktwurzeln möglich ist,
Es wird bemerkt, dass die Zivilgesellschaft, internationale Nichtregierungsorganisationen inbegriffen, eine wichtige Rolle in der Früherkennung von Konfliktwurzeln spielen und über Prävention Ratschläge erteilen kann,
Es wird auf die enge Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen hingewiesen,
Es wird bemerkt, dass die Völker der Welt nur durch eine grössere Verständigung unsere Unterschiede freudig wahrnehmen können, wie es unser verstorbener Präsident Sir Peter Ustinov wiederholt erklärte.

Aktion:

Die Bewegung der Weltföderalisten wird aufgefordert, mit allen Glaubensinstitutionen in Fragen der gegenseitigen Verständigung und zur Bildung einer globalen Einigung unter den Religionen zu der Schaffung einer Weltföderation eng zusammenarbeiten.
Es wird eine ähnliche Zusammenarbeit, Solidarität und Dialog mit anderen Gruppen der Zivilgesellschaft verlangt.
Die Einführung in Erziehungsinstitutionen des Konzepts von Frieden und Verhandlung, statt der Lösung der Konflikte durch Gewalt soll gefördert werden.
Es sollen Mechanismen gesucht werden, mit denen die Konfliktwurzeln untersucht werden können, indem das Potential der Zivilgesellschaft, wie der Staaten und der UNO dazu benützt wird, die sich stellenden Fragen aus den Rechten der Urbevölkerungen, aus Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen, Selbstbestimmung, Grenzstreitigkeiten oder anderen Gründen zu eruieren.
Es soll zusammengearbeitet werden mit Religionsführern, um die Mässigung und Verständigungsbereitschaft unter den Anhängern ihrer eigenen Religion und anderen zu fördern.
Es soll die Notwendigkeit des Dialogs zur Identifizierung und Lösung solcher Fragen unterstrichen werden.

Es soll die Ausarbeitung von Plänen zur Überwindung der Konfliktwurzeln unterstützt werden, womöglich mit einem Zeitrahmen zur Problemlösung.

Es sollen Möglichkeiten untersucht werden, die es erlauben, dass die UN, die internationalen Medias und die Zivilgesellschaft einschliesslich der auf dem Feld arbeitenden Nichtregierungsorganisationen das Wissen und Verständnis der Menschenrechte, der Erziehung zum Frieden, der Erkenntnis des Waffenhandels und anderer Fragen, dank Internet, Website, Fernsehen und Radio verbessern können.

Es soll untersucht werden, wie diese Fragen auf dem Website von WFM selber am besten entwickelt und grösseren Bevölkerungskreisen zur Verfügung gestellt werden können.

Resolution:

Gründung von Friedensdepartementen in allen Regierungen. Hinweis auf entsprechende Initiativen.

Es wird notiert, dass die Friedensdepartement-Initiative (Department of Peace [DoP]) 2003 in Kanada entstand und Gründungsmitglied einer Globalen Allianz für Friedensministerien und -departemente mit Mitgliedern in 24 Ländern ist.

Es wird davon Kenntnis genommen, dass einige Ländern, wie die Salomon-Inseln, Costa-Rica und Nepal daran sind, Friedensdepartemente in ihre Regierung zu bilden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika daran sind, eine ähnliche Gesetzgebung in ihrem Kongress einzuführen.

Dementsprechend wird die Bewegung der Weltföderalisten aufgerufen, alle Mitglieder aufzufordern, Friedensdepartemente aufzubauen, welche in koordinierter Weise ein Modell für einen dauerhaften Frieden ausarbeiten würden, dank der Zusammenarbeit mit Regierungsdepartementen.

Ihr Auftrag würde darin bestehen, Abrüstung und Friedenssicherung zu fördern und neue Wege zur gewaltfreien Intervention und anderen Aktionen zum Aufbau einer echten Friedenskultur zu entwickeln und ihren Gesellschaften durch Erziehung dazu zu bringen, die Kosten und die Nutzlosigkeit des Krieges zu erkennen.

Kommission 3:

Reform der Vereinten Nationen und globale Regierbarkeit – Föderalismus auf globaler und regionaler Ebene

Resolution:

Am 31. August 2007, 60 Jahre nach der Gründungsversammlung der Bewegung der Weltföderalisten (World federalist movement WFM), in Genf versammelte Delegierte zum XXV. Weltkongress der Bewegung:

- 1) darauf hinweisend, dass die Bewegung stets die Notwendigkeit der Reform des Systems der Vereinten Nationen nach den Prinzipien des demokratischen Föderalismus gefordert hat,
- 2) auf die grossartigen Fortschritte hinweisend, die man erzielte, indem andere Weltbürger und Organisationen der Zivilgesellschaft auf die Notwendigkeit von Reformen der Vereinten Nationen und der globalen Regierbarkeit aufmerksam gemacht wurden,
- 3) insbesondere auf die zahlreichen politischen Erklärungen hinweisend, die in vielen Jahren von den Weltföderalisten angenommen wurden, inbegriffen die Resolutionen ihrer Kongresse von San Francisco (1995), Chennai (1998) und London (2002),
- 4) auch eingedenk der Grundprinzipien welche die Bewegung leiten, die sich in der Verfassung der Bewegung (Präambel) in den weithin anerkannten Kennzeichen des Föderalismus (demokratischer Regierungsstil, Subsidiarität, Herrschaft des Rechts) widerspiegeln,
- 5) anerkennend, dass unser Streben nach Verwirklichung dieser weltföderalistischen Ziele um auf verschiedenartige Weise die politischen und die sozialen Änderungen zu erfassen, gefördert wird, was den Willen und die organisierte Zusammenarbeit einer Vielzahl von Partnern und Entscheidungsbefugten verlangt,
- 6) erklärend, dass kritische politische Herausforderungen welche die Zukunft der Menschheit bestimmen, wie die internationale Sicherheit, die ökonomische Bewirtschaftung, der Umweltschutz, internationale Dimensionen erlangt haben, während weltweit die Demokratie immer noch oft an die nationalen Grenzen stösst,
- 7) erklärend, dass unregelmässige oder ungenügend geregelte Globalisierung die staatliche Souveränität beeinträchtigt und die Demokratie verdrängt, und dass infolgedessen die Bürger vor der Herausforderung stehen, demokratische Institutionen auf Weltebene aufzubauen,

beschliessen hiermit die Reform der Strukturen der Vereinten Nationen und die Demokratisierung auf globaler Ebene weiterzuverfolgen und setzen zu diesem Zweck folgende Ziele fest:

Reform des UNO-Sicherheitsrates

Die ausserordentlichen Unterschiede in der Grösse und Macht der Mitgliedstaaten sind eine der schwersten Unzulänglichkeiten der UNO-Struktur. Die Bewegung der Weltföderalisten befürwortet die Reorganisation des Sicherheitsrates auf der Basis von regionalen Staaten-Gruppierungen (wie die EU und die AU) um 1) eine Machthierarchie und 2) eine Zersplitterung der UNO in einem Club machtloser Staaten.

Die Bewegung der Weltföderalisten nimmt Kenntnis von den Bemühungen der UNO-Generalversammlung, um den Sicherheitsrat zu reformieren und unterstützt die Reform des Sicherheitsrates welche auf die Vertretung der grossen Regionen der Welt abzielt, nach einem rationellen, nach objektiven Kriterien festgelegten, vetofreien Abstimmungs-System, das zu einer offeneren, transparenteren und gerechteren Beschlussfassung führen wird.

Die Bewegung der Weltföderalisten unterstützt grundsätzlich die Abschaffung der permanenten Mitgliedschaft und des Rechtes irgendeines Mitgliedes gegen die Beschlüsse des Rates ein Veto einzulegen. Sie unterstützt Massnahmen, die zur Abschaffung des Vetos führen, wie zum Beispiel Vorschläge zur Einschränkung der Benützung des Vetos in Fällen von Genozid, Kriegsverbrechen, ethnische Reinigung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Bewegung unterstützt eine verstärkte Mitwirkung der Zivilgesellschaft im Sicherheitsrat und dessen Kontrolle (sie nimmt insbesondere Bezug auf die in letzter Zeit von den Nichtregierungsorganisationen ausgeübte Führung im Sicherheitsrat-Bericht und im Forum für globale Politik).

Die Bewegung verweist auf Artikel 27.3 der UNO-Charta, die bestimmt, dass sich „die Streitparteien der Stimme enthalten“ und unterstützt Bemühungen, die darauf abzielen, dass dieser Artikel beachtet wird.

Die Bewegung unterstützt Massnahmen die darauf abzielen, dass die Verfahren des Sicherheitsrates offener, transparenter, verantwortbarer und wirksamer werden.

Generalversammlung der UNO

Die Bewegung unterstützt Bemühungen, welche die Autorität der Generalversammlung gegenüber anderen Teilen des UNO-Systems stärken. Beschlüsse der Generalversammlung, die die kollektive Wohlfahrt der Bürger der Welt berühren, sollten schrittweise bindender, durchführbarer und massgeblicher werden.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft an der Arbeit der Generalversammlung, in ihren massgeblichen Komitees und anderen angeschlossenen UNO-Agenturen, Kommissionen, usw., sollten verstärkt werden.

Die Bewegung unterstützt Bemühungen und den Ausbau von Strategien, welche die UNO-Mitglieder veranlassen, entsprechend Artikel 109, eine generelle Konferenz zur Revision der San-Francisco Charta von 1945 einzuberufen, um dadurch den globalen Föderalismus einzuleiten.

Finanzierung der UNO

Die Bewegung der Weltföderalisten stellt fest, dass die in den Vereinten Nationen gesetzten Erwartungen und die an sie gestellten Forderungen zunehmen und dass der UNO die Mittel, die sie benötigt, um ihre Ziele in geeigneter Weise zu erreichen, fehlen.

Die Bewegung der Weltföderalisten unterstützt Massnahmen, welche die Mitgliedstaaten ermutigen, ihre Beiträge fristgemäss und voll zu zahlen, sowie solche, die zu einem gerechteren Verteilungsschlüssel der staatlichen Beiträge führen.

Die Bewegung der Weltföderalisten unterstützt Massnahmen, welche der UNO ihre eigenen Einnahmen sichern, aus Quellen unabhängig von Beiträgen der Mitgliedstaaten, z.B. Einnahmen aus der progressiven Besteuerung der internationalen Wirtschaft, spezifischer Tätigkeiten transnationaler Korporationen, einer Karbontax, oder anderen neuen innovativen Finanzierungsmöglichkeiten, wie sie in der Prozedur der Entwicklungsfinanzierung diskutiert wurden; wie auch substantielle Vergrößerung im Budget von Spezialagenturen und anderen UN-Programmfonds.

Globale Bewirtschaftung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene

Die Bewegung der Weltföderalisten anerkennt die Notwendigkeit einer kohärenteren und integrierteren Struktur der globalen Bewirtschaftung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene, welche die Bretton Woods Institutionen, die Welthandels-Organisation und die Gruppe der der UNO affilierten Agenturen verantwortlicher machen bezüglich der Werte, der Politik und den Beschlüssen der UNO.

Die Bewegung der Weltföderalisten wiederholt ihre langjährige Unterstützung der Stärkung und Reform des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO (ECOSOC), damit dieser auf regionale Vertretung gegründet wird und die Befugnis bekommt, eine zentrale Rolle zu spielen in der globalen ökonomischen, sozialen und ökologischen Politik und Beschlussfassung, bis zur Gründung einer demokratischen globalen parlamentarischen Körperschaft.

Die Bewegung der Weltföderalisten unterstützt die Bemühungen zur Stärkung der internationalen Struktur zur Umweltbewirtschaftung, sowie die Gründung einer universellen Umweltorganisation.

Globale Demokratisierung

Die Bewegung der Weltföderalisten wiederholt ihre Unterstützung zur Gründung einer Parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen, als Schritt zu einem direkt gewählten und mit gesetzgeberischen Befugnissen ausgestattetem Weltparlament. Sie befürwortet die Kampagne zur Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen.

Die Bewegung der Weltföderalisten begrüsst die zunehmende Mitarbeit von Parlamentsabgeordneten und parlamentarischen Vereinigungen in der Arbeit der UNO, insbesondere die wichtige Rolle und die Beiträge der Interparlamentarischen Union und der Parlamentarier für globale Aktion.

Die Bewegung der Weltföderalisten unterstützt die Bemühungen die auf die direkte Vertretung der Völker in einer 2. Kammer der UNO oder Volkskammer abzielen.

Die Bewegung der Weltföderalisten bekundet ihre Unterstützung zugunsten eines Wahlkomitees der Generalversammlung der UNO, das sich für die Gründung einer offenen transnationalen verfassungsgebenden Versammlung aufgrund von Artikel 22 der UNO-Charta einsetzen würde.

Reformen zur globalen Demokratisierung sollen nicht auf UNO-Prozeduren beschränkt werden.

Die Bewegung der Weltföderalisten verlangt eine eingehende Untersuchung von Vorschlägen zur Benützung von Referenden, zur Einführung von demokratisierenden globalen konstituierenden Verfahren welche die Mitarbeit fördern und von anderen Instrumenten der direkten Demokratie.

Die Bewegung der Weltföderalisten unterstützt Massnahmen zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der UNO zur Förderung der Demokratie auf nationaler und internationaler Ebene. Sie anerkennt insbesondere die Bedeutung der erfolgreichen, der UNO angegliederten internationalen Konferenz der neuen oder wiederhergestellten Demokratien (International conference of new or restored democracies, ICNRD), inbegriffen das Internationale Forum der Zivilgesellschaft für Demokratie (International civil society forum for democracy), wobei sie gleichzeitig anerkennt, dass das Vorgehen der internationalen Konferenz der neuen oder wiederhergestellten Demokratien gestärkt und institutionalisiert werden muss.

Die Bewegung der Weltföderalisten bekräftigt ihre Erklärung betreffend die grundlegende und wachsende Rolle der Zivilgesellschaft in der Arbeit der internationalen Organisationen und ruft die internationalen Führer auf, die Mitwirkungsrechte der Zivilgesellschaft und die Verfahren dazu schrittweise auszubauen. Gleichzeitig drückt die Bewegung ihre Besorgnis aus über die verminderte Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft durch gewisse Regierungen, sowie über die Tendenz, undemokratische Organisationen der Zivilgesellschaft und von Regierungen gebildete Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu unterstützen.

Die Bewegung der Weltföderalisten unterstützt Initiativen zur Bildung eines weltweiten politischen Forums zur Diskussion über die Bildung demokratischer föderalistischer Institutionen über den Nationalstaaten auf regionaler und weltweiter (globaler) Ebene. Ein solches Forum sollte dank der Mitwirkung der Zivilgesellschaft, von NGOs, von akademischen und politischen Organisationen und von führenden Persönlichkeiten der ganzen Welt gebildet werden. Die Bewegung unterstützt ebenfalls den Zusammenschluss der rudimentären Initiativen die diesbezüglich zurzeit eingeleitet werden.

Die Bewegung der Weltföderalisten, die aktiv verschiedene Reformen der UNO-Charta unterstützt, befürwortet insbesondere die frühzeitige und demokratische Einrichtung globaler, föderaler Institutionen, die voll ermächtigt werden zur Lösung globaler Probleme.

Herrschaft des Rechts

In einer Zeit der Globalisierung begrüsst die Bewegung der Weltföderalisten die fortschreitende Ausdehnung internationaler Gerichtsbarkeit die an funktionale Agenturen und internationale Verträge angeschlossen werden, sowie die Tendenz zur Anerkennung nicht-staatlicher Einheiten (Einzelne, Gruppen, transnationale Körperschaften, usw.) in internationalen gesetzlichen Systemen.

Die Bewegung der Weltföderalisten bedauert, dass die Regierungen die Verpflichtungen aus der UN-Charta und der Universellen Erklärung der Menschenrechte nicht eingehalten haben und fordert, dass alle internationalen Verträge bindend und durchsetzbar sind und spezifische Mittel und Mechanismen beinhalten, damit sie gefestigt und instrumentalisiert werden.

Die Bewegung der Weltföderalisten bedauert, dass die Regierungen keinen besseren Gebrauch des Internationalen Gerichtshofes gemacht haben und ruft erneut alle UNO-Mitgliedstaaten auf, die bindende Gerichtsbarkeit dieses Gerichtshofes anzuerkennen.

Die Bewegung der Weltföderalisten ruft alle Regierungen auf, den Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes anzunehmen.

Föderalismus auf globaler und regionaler Ebene

Die Bewegung der Weltföderalisten begrüsst die Tatsache, dass die internationale Politik in manchen Teilen der Welt eine verstärkte Tendenz widerspiegelt, politische Autorität und die Kompetenz Beschlüsse zu fassen, auf regionale und subregionale supranationale Organisationen zu übertragen.

Die Bewegung der Weltföderalisten wiederholt ihre Unterstützung zur Verstärkung und Demokratisierung supranationaler regionaler und subregionaler Organisationen.

Die Bewegung der Weltföderalisten begrüsst die Schaffung des Parlaments von MERCOSUR und ermutigt dessen Ausbreitung auf der regionalen Ebene, sowie die Stärkung seiner Autorität durch die direkte Wahl von Abgeordneten und die Entwicklung wahrer gesetzgeberischer Befugnisse.

Die Bewegung der Weltföderalisten soll bei den Institutionen der Afrikanischen Union offiziell akkreditiert werden.

Die Bewegung der Weltföderalisten ermutigt die Afrikanische Union und ermutigt die Europäische Union dem Vorbild des südafrikanischen Versöhnungsprozesses als Beispiel zu nehmen um die Versöhnungskonferenz zwischen Afrika und Europa voranzutreiben.

Erklärung über abgewogene Stimmabgabe und abgewogene Vertretung

Da der frühere UNO-Generalsekretär, Herr Kofi Annan, in seiner Rede zur Generalversammlung der UNO vom September 2003 zu einer radikalen Reform der Kernorgane der UNO aufrief, und

Da die Bewegung der Weltföderalisten die Reform und die Stärkung der UNO und ihres Sicherheitsrates und Generalversammlung im besonderen unterstützt und befürwortet,

Da der Vorschlag eines Bindenden Trios (binding triad) für die Generalversammlung und andere Vorschläge über eine abgewogene Stimmabgabe zur Wiederbelebung der UNO den Ministern für auswärtige Angelegenheiten der ganzen Welt unterbreitet werden,

Verlangt die zu ihrem XXV. Kongress von August 2007 in Genf zusammengetretene Bewegung der Weltföderalisten eine ernsthafte Untersuchung der Vorschläge für eine vetofreie, abgewogene Stimmabgabe und eine ausgewogene Vertretung in den Vereinten Nationen.

Kommission 4:

Globale Führung in Sachen der Umwelt und der Wirtschaft

1. Resolution betreffend die Regierbarkeit auf wirtschaftlicher Ebene

Die Kommission verabschiedete folgende, von Herrn Alfonso Iozzo vorgeschlagene Resolution

Die Kommission

eingedenk der im Jahre 2002 am Londoner Kongress der Bewegung der Weltföderalisten angenommenen Motion betreffend ein neues Bretton Woods für eine neue internationale Wirtschaftsordnung, in welcher darauf hingewiesen war:

- dass infolge der Globalisierung das Volumen der internationalen Finanztransaktionen auf das 60-fache der weltweiten Exporte angestiegen ist,
- dass infolgedessen die Erwartungen der Finanzmärkte die Wechselkurse zwischen Währungen bestimmen anstelle der Grundfaktoren der verschiedenen Wirtschaften,
- dass die Probleme der Massenarmut, der dauerhaften Entwicklung der Welt und der Wiederherstellung der Legalität im Kapitalismus weder durch den Markt allein, noch durch die einzelnen Nationen, gelöst werden können weshalb neue Institutionen, welche ermöglichen, die globalen Aspekte der Wirtschaft zu erfassen, erforderlich sind,
- dass nach der dem Krieg folgenden Wiederaufbauperiode, das Werk der Bretton Woods Institutionen, als Ganzes gesehen, sich oft ungeeignet erwies, um die Probleme zu lösen, und sie sogar zum Teil erschwert hat, was vom Standpunkt der demokratischen Legitimierung zu kritisieren ist,

in Betracht ziehend:

- dass der Euro sich als internationale Währung durchsetzt,
- dass die Chinesische Zentralbank die fixen Wechselkurse zwischen Yan und Dollar gebrochen hat,
- und dass die Bedingungen für eine grundlegende Reform des internationalen Währungssystems vorhanden sind, eines Systems das nicht länger auf eine einzige nationale Währung basieren kann,

beweisend:

- dass bei Fehlen eines Projektes für eine internationale Währungsreform der internationale Markt sich einer scharfen Währungskrise gegenübergestellt sehen könnte,
- dass die offensichtlichen Ungleichgewichte der finanziellen Situation verschiedener Nationen sich verschärfen und dass der Dollar keinen Rückhalt hat, um die wachsende Verschuldung der Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren,
- dass es nötig ist, dass Gläubigernationen wie China und andere asiatische Staaten ihre Währungsreserven diversifizieren,

weist darauf hin:

dass die Einleitung eines Planes zur Einführung einer Weltwährung nötig ist, eines Planes der als ersten Schritt die Benützung durch die internationalen Währungsinstitutionen einer Weltwährungseinheit vorsieht, welche den Nationen zur Verfügung gestellt wird, um ihnen die Diversifizierung ihrer Reserven zu erleichtern, und gleichzeitig die Reform der internationalen Währungsinstitutionen wie des Internationalen Währungsfonds und der Bank für internationalen Zahlungsausgleich einleiten wird, um die gleichmässige Beteiligung aller Nationen zu garantieren

verlangt dass

die UNO, die internationalen Finanzinstitutionen und die Regierungen der Nationen die für die Währungsordnung eine Verantwortung tragen, ein Gipfeltreffen einberufen zur Schaffung einer neuen weltweiten Währungsordnung, zum Ersatz der Bretton Woods Ordnung von 1944, die jetzt überaltert ist.

2. Berwirtschaftung der Umwelt

Die Kommission verabschiedete einen vom Hochwürdigem Herrn Mitsuo Miyake eingeleiteten Aufruf zur Vorbeugung der weltweiten Erwärmung:

In der Erkenntnis,

dass die Vorbeugung der weltweiten Erwärmung, die das Überleben mancher Lebewesen, die Menschheit inbegriffen, bedroht, das dringendste Problem ist, das sich zurzeit der Welt stellt,

dass, falls diese Angelegenheit nicht raschmöglichst behandelt wird, alle von den Menschen unternommenen Bemühungen zur Konfliktverhütung nutzlos sein werden, dass, trotz des Kyoto-Protokolls die Emissionen von Gasen mit Treibhauseffekt weiterhin steigen werden und dass bis 2050 eine Reduktion von 80 Prozent nötig sein wird, um das Leben von über 30 Millionen Menschen nicht zu gefährden,

ruft die Kommission die Bewegung der Weltföderalisten auf, die Vorbeugung der globalen Erwärmung, die Erziehung in diesem Bereich inbegriffen, zu einer Priorität ihres Umweltprogramms zu erklären.

Die Kommission verabschiedete folgende, von Herrn Roberto Palea vorgeschlagene Resolution:

Der in Genf, Schweiz, vom 27. bis 31. August tagende XXV. Weltkongress der Bewegung der Weltföderalisten,

Tief besorgt über den ökologischen Zustand des Planeten und die schrittweise Gefährdung des empfindlichen Gleichgewichts der Biosphäre, insbesondere durch die Entwicklung der weltweiten Erwärmung und ihrer Folgen;

In der Erkenntnis, dass

- A) eine Reihe von kürzlich veröffentlichten wissenschaftlichen Berichten, der Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen vom Jahre 2007 inbegriffen, bestätigt haben, dass der ökologische Zustand unseres Planeten ernst ist und sich verschlechtert, und dass die menschlichen Vorkehrungen einen entscheidenden Einfluss auf diese Situation haben;
- B) mehrere Religionsführer und Persönlichkeiten mit moralischer Autorität, der Heilige Vater, und Seine Heiligkeit der Dalai Lama und die Führer mancher anderen Religionen und Konfessionen in zahlreichen Fällen vor der Gefahr des Aussterbens des Menschengeschlechts gewarnt haben, sollte die gefährliche Tendenz zur Verschlechterung des Zustandes der Umwelt gestoppt werden;
- C) trotz der schlechten Lage einige erfreuliche Signale wahrgenommen werden konnten, wie:
 - die Initiative, mit welcher ca. 40 Länder, Frankreich und Italien inbegriffen, eine bessere, weltweite Führung in Umweltfragen verlangen und die Gründung zu diesem Zweck einer UNO-Agentur als den geeigneten Mechanismus zur Regelung ökologischer Notlagen auf globaler Ebene anpreisen,
 - der Beschluss vom 8. März 2007 des Europarates, der alle 27 Mitgliedstaaten des Rates verpflichtet, die Emission von Gasen mit Treibhauseffekt zu reduzieren und dafür zu sorgen, dass vor dem Jahre 2020, 20% des Energiekonsums zu 20% aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt wird und die wirksame und rationelle Verwendung der Energie in allen Bereichen zu fördern, was die von diesen Ländern in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen überschreiten wird;

Ruft die Bewegung der Weltföderalisten auf,

- die Regierungen und die Bürger in der ganzen Welt daran zu erinnern, dass das Überleben der Menschheit zurzeit in Frage gestellt ist, nicht nur durch die Kriegsgefahr (durch Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen sowie durch Terrorismus), sondern auch durch Umweltkatastrophen,
- darauf hinzuweisen, dass, um die Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit der Umweltkrise zu messen, es nun nötig wird, vom Stadium der Diskussion, Verhandlung und Einigung zwischen souveränen Staaten, dank der organisierten Zusammenarbeit industrialisierter Länder überzugehen zur Gründung einer neuen und allumfassenden supranationalen Institution – zur Einsetzung einer Universellen Umwelt-Agentur mit folgenden Eigenschaften:
 - i. eine supranationale Autorität,
 - ii. konkrete Machtbefugnisse,
 - iii. eigene Finanzquellen aus einer von entwickelten Ländern zu bezahlenden Weltabgabe, zum Beispiel einer Kohlen-Taxe oder einer Stempelabgabe auf spekulativen Finanztransaktionen zwischen internationalen Währungsgebieten.

(Erläuterung: Obschon diese letzte Abgabe keine Beziehung zwischen der Abgabebasis und den Zielen der zur finanzierenden Agentur zu haben braucht, wäre sie wirksam, da sie einen hohen Ertrag mit tiefen Einstandsraten einschliessen würde und demzufolge besonders geeignet wäre zur Finanzierung der Ebene der Weltregulierung oder ihres partiellen Ausdrucks.)

Die Kommission verabschiedete folgende, von Herrn Peter Luff vorgeschlagene Resolution:

Bezug nehmend auf frühere Resolutionen der Bewegung der Weltföderalisten, insbesondere betreffend der Einsetzung eines Internationalen Umweltgerichtshofes (verabschiedet 1995 am Kongress von San Francisco), und auf den Aufruf an die UNO, die dauerhafte Entwicklung zur Grundlage der Entwicklungsarbeit der UNO zu erklären (verabschiedet 2002 am Kongress von London),

Feststellend, dass die neueste Lagebeurteilung des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen zeigt, dass die Gefahr eines Klimawandels sich verstärkt und beschleunigt und dass ohne energische und sofortige Aktionen die weltweite Erwärmung massive Zerstörungen, Verminderung der Lebensmöglichkeiten und nicht wiedergutzumachende Schäden des Ökosystems hervorbringt,,

Weiter feststellend, dass nach der übereinstimmenden Meinung der Wissenschaftler die Emission von Gasen mit Treibhauseffekt bis 2050 um mindestens 60% vermindert werden muss, wobei die Werte aus dem Jahre 1990 als Grundlage zu dienen haben, damit gefährliche Klimawechsel gestoppt werden können, während einige neueste Modelle zu folgern lassen, dass viel einschneidendere Eingriffe – Reduktionen von 80 bis 100% bis 2050 - nötig sind, damit die weltweite Erhöhung der Temperatur unter 2 Grad der Zentigrad-Skala gehalten werden kann,

Weiter feststellend, dass das Kyoto-Protokoll des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen nur eine 2-prozentige Reduktion der Emissionen der Annex 1 vorsieht, während erwartet wird, dass globale Emissionen bis 2012 um 30% höher werden als 1990,

Bedenkend, dass einige der Annex 1-Länder sich hartnäckig geweigert haben, sich auf Zielreduktionen der Emissionen zu verpflichten und dass einige sich rasch entwickelnde Länder sich weigern, sich auf Zielreduktionen der Emissionen zu verpflichten, solange nicht das Prinzip einer gerechten per capita Reduktion der Emissionsziele angenommen ist,

Befürchtend, infolgedessen, dass der Verhandlungsprozess von Kyoto, weil lebenswichtig, beschleunigt werden muss und daran erinnernd, dass die europäischen Erfahrungen gezeigt haben, dass eine Gemeinschaft, die mit einem Kern von Staaten beginnt, die bereit und willig sind zu handeln und andere Staaten veranlassen, sich ihnen anzuschliessen, tatsächliche Änderungen hervorbringen kann,

Fordert, dass diejenigen Länder, im Norden und im Süden, welche auf die nötigen Führung, politischen Reife und Verantwortlichkeitssinn verfügen, eine Weltklimagemeinschaft bilden und die Durchsetzung des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen beschleunigen.

Diese Weltklimagemeinschaft würde durch eine Gruppe von bereitwilligen Staaten aus dem Norden und dem Süden gegründet, die ein Protokoll über eine verstärkte Zusammenarbeit annehmen würden, um mit dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen zu starten.

Dieses Protokoll würde Folgendes vorsehen:

- die Senkung der globalen Emissionen von Gasen mit Treibhauseffekt auf ein Mass, das die Konzentrationen auf ein annehmbares Mass stabilisiert;
- die Konvergenz von Rechten zur Emission von Gasen mit Treibhauseffekt um eine gleichmässige Verteilung pro Person innert eines bestimmten Zeitrahmens zu erreichen;
- ein Markt von Emissionstiteln;
- die Erreichung von annehmbaren Existenzgrundlagen durch internationale Zusammenarbeit, Aufbau von Kapazitäten und Übertragung von Technologien mit wenig Karbon und angemessenen und voraussehbaren Mittel
- flexible, transparente und robuste Mechanismen, um die oben angeführten Ziele zu erreichen

Dieser Kern von Staaten vom Norden und Süden innerhalb des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen würde föderale Institutionen benötigen um:

- wirksame Beschlüsse über die zu befolgende Politik und die nötigen Massnahmen sicherzustellen;
- die Achtung einer demokratischen Verantwortbarkeit und die Herrschaft des Gesetzes sicherzustellen;
- den Emissionsmarkt zu bewirtschaften;
- Kontrollen durchzuführen und den Konsens zu erreichen;
- Verantwortung zu tragen für Beziehungen zu anderen Parteien, inbegriffen für Assoziierungsabkommen als Wege zu einer Vollmitgliedschaft.

Die Mitgliedstaaten einer solchen Weltklimagemeinschaft würden einen grossen Schritt zur Vorbeugung der grössten Bedrohung der Wohlfahrt und des Überlebens der Menschheit und anderer Arten vornehmen. Sie sollten die Zuversicht haben, dass andere sich ihnen anschliessen würden, bis alle Völker der Vereinten Nationen diese Vorteile geniessen.
